



ERKLÄRUNG VON GLOBAL UNIONS ANLÄSSLICH DES G20-GIPFELS IN SEOUL

11. UND 12. NOVEMBER 2010

Die G20 muss Arbeitsplätzen Priorität einräumen 1

Auf die Schaffung von Arbeitsplätzen abzielende Konjunkturmaßnahmen fortsetzen, um die Defizite durch nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu reduzieren 2

Beschäftigung Priorität einräumen, in die Menschen investieren und eine G20-Arbeitsgruppe Beschäftigung einrichten²

Sicherstellen, dass die Klimaschutzpolitik einen „gerechten Übergang“ beinhaltet³

„Menschenwürdige Arbeit“ in den Mittelpunkt der Entwicklungsstrategien rücken und die Hilfszusagen einhalten, um die MDGs zu erreichen 4

Für eine gerechte Besteuerung sorgen, Finanzspekulationen eindämmen, entschieden gegen Steueroasen vorgehen und die Finanzmarktreformen beschleunigen 4

Die G20 muss Arbeitsplätzen Priorität einräumen

1 Die Spitzen der G20 haben sich bei ihrem Gipfel im September 2009 in Pittsburgh dazu verpflichtet, qualitativ hochwertige Beschäftigung in den Mittelpunkt der Konjunkturerholung zu rücken.¹ Diese Verpflichtung haben sie nicht eingehalten, und es gibt Anlass zu erheblicher Besorgnis, dass Beschäftigungsfragen nicht auf der ursprünglichen G20-Gipfelagenda stehen. Die Wirtschaftskrise, die sich so verheerend auf das Leben und die Existenzgrundlagen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgewirkt hat, ist noch lange nicht vorbei. Jetzt herrscht eine soziale Krise. Gegenwärtig sind mehr als 220 Millionen Menschen weltweit arbeitslos – ein Anstieg um mehr als 31 Millionen gegenüber 2007² und eine so hohe Zahl wie noch nie zuvor verzeichnet. Zusätzliche 100 Millionen Menschen – vor allem in Entwicklungsländern – sind in extremer Armut versunken. Die weltweite Konjunkturerholung ist fragil und unsicher, und hinzu kommt, dass der Anstieg der Arbeitslosigkeit das Vertrauen und die wirtschaftliche Erholung untergräbt. Die Angst vor den Finanzmärkten veranlasst viele G20-Regierungen zur Abkehr von expansiven Maßnahmen zugunsten von Sparprogrammen, die, sofern sie wirklich durchgeführt werden, die Gefahr einer erneuten Rezession stark erhöhen, dem öffentlichen Dienst verheerenden Schaden zufügen und den Lebensstandard senken würden. Die Regierungen sollten die Aussicht auf ein Jahrzehnt stagnierender Arbeitsmärkte in den Industrieländern, anhaltende Armut in den Entwicklungsländern und eine verlorene Generation Jugendlicher, die von produktiven Aktivitäten ausgeschlossen sind, nicht akzeptieren.

2 Die Spitzen der G20 sollten kurzfristig dem Abbau der Arbeitslosigkeit Priorität einräumen und mittelfristig ein anderes Wachstums- und Entwicklungsmodell verfolgen – ein Modell, das ausgewogen und nachhaltig ist, menschenwürdige Arbeit schafft und die Einkommen in gerechter Weise verteilt. Sie müssen sicherstellen, dass die Beschäftigung ein integraler Bestandteil der Diskussionen unter jedem Punkt der Gipfelagenda von Seoul ist. Global Unions fordern daher die Regierungen der G20 auf:

1 G20-Gipfel in Pittsburgh

2 IAO 2010

- auf die Schaffung von Arbeitsplätzen abzielende Konjunkturmaßnahmen fortzusetzen, um die Defizite in den Staatskassen durch nachhaltiges Wirtschaftswachstum und nicht durch Ausgabenkürzungen zu reduzieren;
- der Beschäftigung Priorität einzuräumen, u.a. durch die Einrichtung einer ständigen G20-Arbeitsgruppe zu diesem Thema unter Beteiligung der Sozialpartner; qualitativ hochwertige Beschäftigung und Sozialschutzprogramme in den Mittelpunkt des G20-Rahmenwerkes für robustes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum zu rücken; und durch Bildung und Ausbildung in die Menschen zu investieren;
- sicherzustellen, dass die Klimapolitik flankierende Beschäftigungsmaßnahmen beinhaltet, um grüne Arbeitsplätze zu schaffen und für einen „gerechten Übergang“ zu sorgen;
- „menschenwürdige Arbeit“ in den Mittelpunkt der Entwicklungsagenda zu rücken, die Hilfszusagen einzuhalten und für die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele einzutreten;
- Finanzmarktreformen zu beschleunigen, für eine gerechte Besteuerung und eine Finanztransaktionssteuer zu sorgen, Finanzspekulationen einzudämmen und entschieden gegen Steueroasen vorzugehen.

Auf die Schaffung von Arbeitsplätzen abzielende Konjunkturmaßnahmen fortsetzen, um die Defizite durch nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu reduzieren

3 Der 2009 verfolgte abgestimmte und inklusive Ansatz im Bereich der Konjunkturmaßnahmen weicht jetzt miteinander konkurrierenden und verfrühten Ausstiegsstrategien, während die Regierungen unter dem Druck der Anleihenmärkte eine finanzielle Konsolidierung anstreben. Die Krise hat zu einer massiven Übertragung privater Schulden in öffentliche Schulden geführt. Die Kürzung der öffentlichen Ausgaben, Löhne, Renten und Sozialprogramme zur Finanzierung dieser Übertragung ist aus moralischer Sicht ungerecht und aus wirtschaftlicher Sicht unvernünftig. Auf diese Weise nimmt die Ungleichheit zu – von Anfang an ein Schlüsselfaktor für die Auslösung der Krise – und es besteht die Gefahr, dass die Weltwirtschaft erneut in einer Rezession versinkt, was katastrophale Folgen hätte. Die Wachstumsprognosen internationaler Organisationen werden derzeit nach unten korrigiert, und es ist unerlässlich, dass die Regierungen mit Blick auf ihre Haushaltskonsolidierung Maßnahmen ergreifen, die das Wachstum begünstigen und die Nachfrage erhöhen, um die Produktion zu steigern und mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Auf kurze Sicht (2011-2012) muss es prioritär darum gehen, eine schnellere Erholung des BIP herbeizuführen. Die auf die Ankurbelung der Nachfrage abzielenden Maßnahmen sollten in Ländern, in denen der Aufschwung nicht nachhaltig ist, so lange fortgesetzt werden, bis die Arbeitslosigkeit auf ihren Vorkrisenstand zurückgegangen ist.

Beschäftigung Priorität einräumen, in die Menschen investieren und eine G20-Arbeitsgruppe Beschäftigung einrichten

- 4 In unmittelbarer Zukunft sollten die Regierungen:
 - Projekte mit einem größeren Beschäftigungsinhalt durchführen, einschließlich Investitionen in grüne Infrastrukturprojekte und qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen im sozialen Bereich;
 - erfolgreiche Arbeitsmarktprogramme fortsetzen, die Arbeitsplätze oder Schulungsmaßnahmen für jungen Menschen garantieren;

- das Wachstum prekärer und irregulärer Beschäftigungsformen, die die Konjunkturerholung untergraben und die Unsicherheit erhöhen, aufhalten;
 - die Zusammenarbeit unter den Arbeits- und Finanzministern ausweiten und eine ständige G20-Arbeitsgruppe für Beschäftigungsfragen einrichten, der auch die Sozialpartner, die IAO und andere relevante internationale Organisationen angehören.
- 5 Auf mittlere Sicht hat die G20 angekündigt, dass bei dem Gipfel in Seoul ein „umfassender Aktionsplan“ verabschiedet werde, um das G20-Rahmenwerk für robustes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum umzusetzen. Im Mittelpunkt dieses Aktionsplans muss die Beschäftigung stehen, und die Spitzen der G20 sollten:
- die IAO bitten, in Zusammenarbeit mit der OECD und dem ECOSOC der UNO die Komponenten des G20-Rahmenwerkes vorzubereiten, bei denen es um die Beschäftigung und den Sozialschutz geht. Sie sollten auf dem im Juni 2009 in Genf verabschiedeten dreigliedrigen Globalen Pakt für Beschäftigung sowie auf den bei der Tagung der G20-Arbeitsminister im April 2010 in Washington angenommenen Empfehlungen an die Staats- und Regierungschefs der G20 basieren.
 - den sozialen Dialog stärken, einschließlich der Tarifverhandlungen, um sicherzustellen, dass das Lohnwachstum mit der Produktivität Schritt hält und einkommens- sowie geschlechtsbedingte Ungleichheiten bekämpft werden.
- 6 Investitionen in die Menschen durch Bildung und Ausbildung sind der Schlüssel zu einem nachhaltigen und gerechten Wachstum. Qualität im Bildungswesen ist für Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer ein gleichermaßen zentrales Thema, und die Spitzen der G20 sollten:
- sich erneut zu qualitativ hochwertiger „Bildung für alle“ (Education for All – EFA)³ verpflichten und die UNESCO sowie die OECD bitten, mit den maßgeblichen Akteuren zusammenzuarbeiten, um die „Global Task Force on Teachers for EFA“ zu einer dynamischen globalen Partnerschaft mit einer neuen Vision von einer qualitativ hochwertigen Bildung im 21. Jahrhundert zu machen.
 - ihre Bildungsminister beauftragen, beim G20-Gipfel 2011 in Frankreich spezifische Vorschläge zu unterbreiten.

Sicherstellen, dass die Klimaschutzpolitik einen „gerechten Übergang“ beinhaltet

7 Die Klimaverhandlungen scheinen sich festgefahren zu haben – eine katastrophale Situation. Die Staats- und Regierungschefs sollten konkrete Schritte in Richtung auf die Verabschiedung eines verbindlichen Rahmenwerkes für die Zeit nach 2012 innerhalb des Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) unterstützen, um sicherzustellen, dass bei den Bemühungen um die Erfüllung der Emissionsenkungsziele keine Lücken entstehen. Ein neues Klimaschutzabkommen muss auf den IPCC-Szenarien basierende konkrete Ziele zur Begrenzung des Temperaturanstiegs auf weniger als 2°C sowie einen ehrgeizigen Rahmen für die Finanzierung des Klimaschutzes beinhalten. Die Regierungen müssen:

- Fortschritte in Richtung auf eine emissionsarme, klimabeständige und sozial gerechte Wirtschaft erzielen;

3 UNESCO, Global Monitoring Reports (Weltbildungsberichte) 2009, 2010

- eine Strategie für einen “gerechten Übergang” entwickeln, mit umfassenden und arbeitsintensiven grünen Investitionen, Schulungs- und Qualifizierungsprogrammen und einer aktiven Arbeitsmarktpolitik.

„Menschenwürdige Arbeit“ in den Mittelpunkt der Entwicklungsstrategien rücken und die Hilfszusagen einhalten, um die MDGs zu erreichen

8 Die Spitzen der G20 – und vor allem der G8 – müssen ihre gegenüber den Entwicklungsländern gemachten früheren Zusagen auch in dieser Krisenzeit einhalten. Die Schaffung von Arbeitsplätzen und von „menschenwürdiger Arbeit“ muss im Mittelpunkt der Entwicklungsstrategien stehen. Die OECD-Regierungen müssen sich nach wie vor an ihre in der Vergangenheit gemachten Hilfszusagen halten, vor allem an die gegenüber Afrika. Daher:

- sollten die Ressourcen für den zugesagten Zugang für alle zur Prävention von HIV und Aids erhöht werden.
- sollten die Spitzen der G20 einen Multi-Stakeholder-Ausschuss auf hoher Ebene beauftragen, Empfehlungen auszuarbeiten, um die Finanzierungslücke zu schließen, damit die einzelnen Länder qualitativ hochwertige Bildung für alle anbieten und für eine soziale Grundversicherung im Sinne der IAO sorgen können. Zu diesem Zweck sollte ein Sozialschutzfonds für Entwicklungsländer eingerichtet werden.
- müssen sie dafür sorgen, dass der Internationale Währungsfonds (IWF) seine finanzielle Nothilfe für die Beschäftigungsförderung und den Sozialschutz gewährt – und nicht an Sparmaßnahmen knüpft, wie im Falle der jüngsten Kredite⁴. Im Einklang mit den Schlussfolgerungen der Osloer IAO/IWF-Konferenz über „Herausforderungen für Wachstum, Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt“⁵ sollte der IWF gemeinsam mit der IAO für Konjunkturstrategien eintreten, die auf qualitativ hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen, höheren Löhnen, einer größeren Produktivität, ausgeweiteten Tarifverhandlungen und einem verbesserten Arbeitnehmerschutz basieren.
- sollte der IWF seine aufgestockten finanziellen Ressourcen dazu verwenden, um von der globalen Krise betroffene Länder dazu zu ermutigen, längerfristig eine antizyklische Fiskalpolitik zu verfolgen, bis sie die Rezession wirklich überwunden haben. Die Krise unterstreicht die Notwendigkeit eines fairen und transparenten Umschuldungsmechanismus für Staatsschulden, der von Ländern mit einem nicht nachhaltigen Schuldenumfang angewandt werden kann.
- sollte die G20 mit der UNO zusammenarbeiten, um auf alle Länder weltweit anwendbare multilaterale Mechanismen für politische Diskussionen zu entwickeln.

Für eine gerechte Besteuerung sorgen, Finanzspekulationen eindämmen, entschieden gegen Steueroasen vorgehen und die Finanzmarktreformen beschleunigen

9 Die Spitzen der G20 müssen progressiven Steuersystemen Priorität einräumen, um höhere Einkommensgruppen und unproduktives oder spekulatives Vermögen höher zu besteuern. Eine gerechtere Verteilung der Steuerbelastung zwischen Arbeit und Kapital ist dringend erforderlich, nicht nur, um der wachsenden Besorgnis über soziale Ungerechtigkeit zu begegnen, sondern auch, um dafür zu sorgen, dass der Beschäftigung Priorität einge-

4 Vgl. Erklärung von Global Unions anlässlich der Jahrestagungen des IWF und der Weltbank 2010

5 Vgl. <http://www.osloconference2010.org/>

räumt wird. Die Regierungen müssen ihre Steuerbasis sichern und ausweiten, um die Haushaltsnachfrage zu fördern und qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen sowie soziale Schutzprogramme zu finanzieren. Das erfordert einen Bruch mit der Politik der Vergangenheit, bei der direkte Steuern gesenkt und – grundsätzlich degressivere – indirekte Steuern erhöht wurden. Darüber hinaus:

- sollten die G20-Regierungen neue Finanzierungsquellen konzipieren, einschließlich einer Finanztransaktionssteuer, die auch dazu dienen würde, kurzfristige Spekulationsgeschäfte einzudämmen;
- muss das Global Forum der OECD über Transparenz und Informationsaustausch in Steuerfragen durch eine multilaterale Vereinbarung über ein System für den automatischen Informationsaustausch sowie durch den Kapazitätenausbau der Steuerbehörden in den Entwicklungsländern gestärkt werden. Das globale Steuersystem muss der Verbesserung – und nicht der Schwächung – der Finanzstabilität und der finanziellen Rechenschaftspflicht dienen. Darüber hinaus bedarf es einer Auseinandersetzung mit Steuersystemen, die eine übermäßige Disproportionalität und Steuerarbitrage zwischen verschiedenen Steuergebieten begünstigen.

10 Beim Gipfel in Toronto wurde es versäumt, der G20-Empfehlung bezüglich der Finanzmarktreform und des Arbeitsprogramms des Financial Stability Board (FSB) die dringend benötigten neuen Impulse zu geben. Die im September 2010 bekannt gegebene derzeitige Reform der Baseler Eigenkapitalregeln für Banken ist hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Die Staats- und Regierungschefs sollten sich zu globalen und abgestimmten Regulierungsmaßnahmen zur Reform des Finanzsektors verpflichten. Sie sollten:

- Privatkundengeschäfte und das Geschäftsbankwesen vor den volatilen und risikoreichen Geschäften der Investmentbanken schützen und Genossenschaftsbanken, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit und öffentliche Finanzdienstleistungen fördern;
- übermäßige Risikobereitschaft und unverantwortliche Vergütungspläne durch die gesetzliche Begrenzung der Bezahlung von Bankern, Händlern und anderen Führungskräften eindämmen;
- das Risikomanagement der Banken verbessern, indem für eine Arbeitnehmervertretung und mittels angemessener Verbraucherschutzgesetze für den Schutz arbeitender Familien vor aggressiven Kreditvergabepraktiken gesorgt wird;
- dafür sorgen, dass das FSB, dem jetzt eine maßgebliche Rolle bei der Lenkung der Weltwirtschaft zukommt, formelle Konsultationsverfahren einführt, auch mit den Gewerkschaften, Dokumente zur Kommentierung veröffentlicht und sich an die Standardpraktiken einer demokratischen Institutionsführung hält.

Global
Unions

ERKLÄRUNG VON GLOBAL UNIONS ANLÄSSLICH DES G20-GIPFELS IN SEOUL

11. UND 12. NOVEMBER 2010



IMF
www.imfmetal.org



ITUC
www.ituc-csi.org



TUAC
www.tuac.org



BWI
www.bwint.org



EI
www.ei-ie.org



IAEA



ICEM
www.icem.org



IFJ
www.ifj.org



ITF
www.itf.org.uk



ITGLWF
www.itglwf.org



IUF
www.iuf.org



PSI
www.world-psi.org



UNI
www.union-network.org